

Vorlage Nr.: 2024/1334

Eingang: 19.11.2024

Sach- statt Geldleistungen für Asylbewerber Antrag: AfD

Gremien	Termin	TOP	Ö / N	Zuständigkeit
Gemeinderat	17.12.2024	40	Ö	Kenntnisnahme
Haupt- und Finanzausschuss	14.01.2025	3	Ö	Vorberatung
Gemeinderat	18.02.2025	8	Ö	Entscheidung

Der Gemeinderat möge beschließen:

1. Den Asylbewerbern im Zuständigkeitsbereich der Stadt Karlsruhe werden sämtliche bislang in Geld gewährten Leistungen, die sich auf Sachleistungen umstellen lassen, nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) zukünftig ausschließlich als Sachleistungen gewährt.
2. Die konkrete Umsetzung soll dabei in einer Art und Weise erfolgen, die es verhindert, dass damit Gutscheine erworben werden können, die durch Dritte in Bargeld umgetauscht werden können, wie dies laut einem Medienbericht etwa durch die Kreisgeschäftsstelle der Grünen in Regensburg praktiziert wird.

Begründung:

Die Kundenschlangen, die sich zu jedem Monatsbeginn vor verschiedenen Geschäftsstellen der Geldüberweisungsdiensten im Karlsruher Stadtgebiet bilden, sind ein untrügliches Zeichen dafür, dass diese Zuwendungen vielfach ins Ausland transferiert werden, anstatt dass sie ihrem vorgesehenen Zweck zukommen.

Die Umstellung auf Sachleistungen senkt den Verwaltungsaufwand bei den Kommunen, unterbindet gleichzeitig die Möglichkeit Geld aus staatlicher Unterstützung in die Herkunftsländer zu überweisen und verhindert dadurch die menschenverachtende Schlepperkriminalität.

Die Stadt Karlsruhe kann mit dem Beschluss dieses Antrages dem Vorbild des Landkreises Eichsfeld (Thüringen) folgen, der die Umstellung der Zuwendungen an Asylbewerber auf Sachleistungen erfolgreich umgesetzt hat.

Laut Medienangaben vom 7. Juni 2024 ist die Anfrage nach Asylbewerberleistungen dort um 36,25% zurückgegangen. Lediglich 255 Asylbewerber von 400 wollten die Leistungen in Anspruch nehmen. 75 der Leistungsberechtigten und somit 18,75% haben sich eine Arbeitsstelle gesucht und 70 von ihnen, 17,5%, haben den Landkreis gar verlassen. Angesichts dieses Erfolgs wurden bargeldlose Asylbewerberleistungen in Thüringen inzwischen in 17 Landkreisen eingeführt.

Auch die CDU forderte bereits die Einführung von Sach- statt Geldleistungen. So sagte Hessens CDU-Ministerpräsident Boris Rhein dazu: „Mit der Einführung der Bezahlkarte senken wir den Verwaltungsaufwand bei den Kommunen, unterbinden die Möglichkeit, Geld aus staatlicher

Unterstützung in die Herkunftsländer zu überweisen, und bekämpfen dadurch die menschenverachtende Schlepperkriminalität.“

Quellen:

<https://www.welt.de/politik/deutschland/article251888652/Thueringen-Landraete-berichten-von-Ausreise-von-Asylbewerbern-wegen-Bezahlkarte.html>

<https://www.cdu.de/artikel/sachleistungen-statt-geldleistungen>

<https://jungfreiheit.de/politik/deutschland/2024/bezahlkarten-mafia-wie-linke-netzwerke-die-asylpolitik-untergraben/>

Unterzeichnet von:

Dr. Paul Schmidt

Oliver Schnell

Dr. Gerhard Lenz

Rouven Stolz

Andreas Seidler